

Resolution der Vollversammlung am 24. September 2025

Preisdiskussion schadet gesamter Lebensmittelbranche

Die von Finanzminister Markus Marterbauer angestoßene Diskussion zur Einführung eines Preisdeckels bei Lebensmitteln sorgt seit Sommer für anhaltende öffentliche und politische Diskussionen. Bedauerlicherweise wurde der Vorstoß zur Einführung eines Preisdeckels bei Lebensmitteln auch umgehend vom FPÖ-Parlamentsklub unterstützt. Konsequenzen dieser Diskussion sind vor allem eine erhöhte Preissensibilität der Konsumentinnen und Konsumenten sowie eine noch schwierigere Position der Lebensmittelerzeuger bei den laufenden Preisverhandlungen mit dem Lebensmittelhandel.

Die heimische Wirtschaftskonjunktur leidet nun schon längere Zeit unter einem negativen Konsumklima. Dieses kann mit den angeführten Preisdiskussionen wohl keinesfalls verbessert werden.

Ein Blick auf umgesetzte Maßnahmen in anderen EU-Mitgliedsländern zeigt, dass mit Ausnahme von Umsatzsteuersenkungen durch sonstige staatliche Eingriffe keinerlei nachhaltige Lebensmittelpreissenkungen erzielt werden können. Zudem wird von den österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten im EU-Vergleich ein sehr niedriger Anteil der Haushaltsausgaben für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke verwendet. Des Weiteren zeigt eine Detailanalyse der aktuellen Lebensmittelinflation, dass diese aktuell vor allem auf die klimawandelbedingten starken Preisanstiege bei Kaffee, Tee und Kakao zurückzuführen ist. Weiters entfallen 39 Prozent der Lebensmittel- bzw. Ernährungsausgaben auf Gasthäuser, Restaurants und Kantinen. Gerade diese Ausgaben weisen aufgrund der stark gestiegenen Lohnsteigerungen eine stark überdurchschnittliche Preisdynamik auf. Vor diesem aufgezeigten Hintergrund sind allfällige staatliche Preiseingriffe bei Lebensmitteln keinesfalls notwendig und zielführend, sondern in letzter Konsequenz sogar gesamtwirtschaftlich äußerst kontraproduktiv.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher Finanzminister Markus Marterbauer und den FPÖ-Parlamentsklub mit allem Nachdruck auf, ihre Forderungen zur Einführung eines Preisdeckels bei Lebensmitteln aufzugeben. Die rechtliche Verankerung eines derartigen Preisdeckels ist mit einer funktionierenden Marktwirtschaft nicht vereinbar, bringt für Konsumentinnen und Konsumenten keine wirkliche Entlastung, schafft aber für die gesamte Wertschöpfungskette bei Lebensmitteln und damit auch in der Landwirtschaft einen zusätzlichen wirtschaftlichen Druck. Die politische und öffentliche Diskussion zu Preiseingriffen und die damit einhergehende Verschlechterung des Konsumklimas wirkt zudem massiv bremsend auf die angestrebte Erholung der wirtschaftlichen Konjunktur.